

Die aktuelle US-amerikanische „Most Favoured Nation“-Preispolitik (MFN) sowie die USTR Section 301 Investigation gegen Deutschland betrifft Europa und Deutschland in einer Weise, die über außenpolitische Handelsstreitigkeiten hinausgeht.

Wir möchten die Bundesregierung auf folgende wichtige Gesichtspunkte in Bezug auf die nationale Erstattungspolitik aufmerksam machen:

Im Rahmen des EU-US-Handelsrahmens vom August 2025 sind Generika, Biosimilars und deren Wirkstoffe ausdrücklich von den neu eingeführten Zöllen ausgenommen. Sie unterliegen keinem Referenzpreismechanismus im Sinne der MFN-Politik. Dieser strukturelle Unterschied beruht darauf, dass Generika und Biosimilars die Versorgung stabilisieren, völlig unabhängig davon, wie sich die transatlantische Preisdebatte bei patentgeschützten Arzneimitteln entwickelt.

Der MFN-Druck entfaltet seine Wirkung ausschließlich bei Originalpräparaten: Daher stehen nun die Ankündigungen im Raum, dass Hersteller ihre Produkte in europäischen Märkten nicht einführen oder zurückziehen wollen, um ihren US-Referenzpreis zu schützen. Eine politische Reaktion, die darin bestünde, höhere Erstattungspreise für Originalprodukte zu akzeptieren, um Markteintritte herbeizuführen, würde die Kosten auf die Beitragszahler der GKV verlagern. Die gelegentlich immer noch geäußerte Erwartung, Einsparungen im Generika- und Biosimilar-Segment könnten Mehrausgaben im patentgeschützten Segment gegenfinanzieren, lässt sich angesichts von durchschnittlichen Erlösen für die generischen Unternehmen von 6 Cent pro Tagestherapiedosis seit Jahren nicht mehr aufrechterhalten.

Generika stellen 80 % der Versorgung im GKV-Markt zur Verfügung. Vielfältige Preisregulierungsmechanismen (Rabattverträge, Festbeträge, Preismoratorium, sog. 4G-Regel) verhindern, dass die Preise über die genannten 6 Cent hinaus erhöht werden können. Bereits heute wird die Versorgungssicherheit im generischen Segment dadurch beeinträchtigt, dass es zu Marktrücknahmen kommt, weil die Firmen nicht mehr wirtschaftlich produzieren können. Dabei beruht die Leistungsfähigkeit des deutschen Arzneimittelmarktes zu einem ganz wesentlichen Teil auf einem funktionierenden Wettbewerb im Generika- und Biosimilar-Segment. Dieser setzt aber verlässliche, planbare und wirtschaftliche Erstattungsbedingungen voraus. Jede Maßnahme, die dieses Segment zur Finanzierung anderer Marktsegmente heranzieht, gefährdet Produktionsinvestitionen, Lieferkettensicherheit und letztlich die Versorgung.

Wir begrüßen daher den Ansatz, den auch Medicines for Europe hat, eine koordinierte europäische Reaktion auf den MFN-Druck einzufordern. Aus deutscher Sicht sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, dass auf EU-Ebene keine Mechanismen entstehen, die mittelbar Druck auf die Erstattungspreise im Generika- und Biosimilar-Bereich ausüben – etwa durch eine Harmonisierung von Referenzpreissystemen, die diese Segmente einbezieht.